

Von: Klaus Hunneshagen [Klaus.Hunneshagen@online.de]

Gesendet: Donnerstag, 30. Januar 2014 23:06

An: Müller Horst

Cc: Stadt Fürth Amt für Wirtschaft; Klaus.hunneshagen@flessabank.de

Betreff: Gegenläufige Befahrbarkeit der Friedrichstraße und Parkleitsystem

Sehr geehrter Herr Müller,

ich beziehe mich auf die letzte Sitzung des Wirtschaftsbeirates und bitte Sie folgende Themen auf die Tagesordnung der nächsten Wirtschaftsausschusssitzung zu bringen:

1. Prüfauftrag inwieweit die Friedrichstraße für den Gegenverkehr freigegeben werden kann.

Bekanntlich hat sich der Wirtschaftsbeirat dafür ausgesprochen, dass die zunächst in der Hallstraße geplante Bushaltestelle in der Friedrichstraße, möglichst nahe der Rudolf-Breitscheid-Straße, sein wird.

Das hat den Vorteil, dass die Fussgängerzone in der Neuen Mitte nicht durch den Busverkehr unterbrochen wird. Ferner kann dadurch eine Art "Absaugwirkung" von der Freiheit verhindert werden.

In diesem Zusammenhang ist geplant, dass die Buslinie im Gegenverkehr in der Friedrichstraße, beginnend ab der Freiheit, in Richtung Königstraße verläuft.

Im Rahmen dieser Änderung sollte aus Sicht des Wirtschaftsbeirates die bereits vor Jahren aufgestellte Forderung, die Friedrichstraße für den Gegenverkehr freizugeben, überprüft werden. Dies würde, um keine zu starke Steigerung des Durchgangsverkehrs zu verursachen, aus unserer Sicht auch bis zur Freiheit (Parkplatz) genügen.

Vorteile:

- a. Die aus dem Süden Fürths, aber auch aus Teilen Nürnbergs kommenden Besucher könnten problemlos in die Innenstadt gelangen (erhöhte Besucherfrequenz).
- b. Die teilweise als Rennstrecke missbrauchte zweispurige Friedrichstraße würde beruhigt.
- c. Entlastung der nördlichen Innenstadtstraßen, da das "Kreisen" zur Parkplatzsuche nicht mehr nötig wäre.

Wir werden diesen Vorschlag den Fraktionen und dem Bürgermeister in einer Resolution vorlegen.

2. Diskussion über ein dynamisches Parkleitsystem.

Um diese, bereits zur Zeit von Tanja Ulmer von der Vision Fürth aufgestellte Forderung, seriös zu diskutieren, sollte ein Auftrag zur Ermittlung der Kosten gegeben werden.

Wir sind der Meinung, eine Großstadt von 120.000 Einwohnern muss ein derartiges System als Service für seine Bürger und Besucher -nach Belegung der Innenstadt- vorhalten. Vgl. Würzburg mit 130.000 Einwohnern und sicherlich keiner besseren Finanzlage.

Anzumerken ist, dass dieses System zu einer Verkehrsberuhigung führen und somit den Schadstoffausstoss reduzieren würde.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Hunneshagen
Vorsitzender des Wirtschaftsbeirates